

Zur Genesis des Kalten Krieges

Hans-Jürgen Schröder

Die Frage nach Genesis und Verlauf des Kalten Krieges hat sich in den letzten Jahren namentlich in der amerikanischen Geschichtsschreibung zu einem bedeutenden Forschungsschwerpunkt entwickelt; die Fülle der Publikationen ist kaum noch zu überblicken¹. Die in jüngster Zeit sich ständig verbessernde Quellenlage läßt weitere Veröffentlichungen zu diesem Thema erwarten, das in der Debatte über die Möglichkeiten einer Reorientierung der amerikanischen Außenpolitik der Gegenwart auch bei amerikanischen Politikern auf Interesse gestoßen ist. Das dokumentieren etwa die Hearings eines Kongreßausschusses vom Juni 1971 über Ursprünge und Verlauf des Kalten Krieges². Die Publikation dieser Hearings und zahlreiche Sammelbände zu diesem Problem bieten hervorragende Möglichkeiten zu einem schnellen Einstieg. Hervorzuheben sind insbesondere die Editionen von Paterson, Kurland und Stuart, weil sie bereits wichtige Forschungsergebnisse der letzten Jahre berücksichtigen³. Zu den besten Sammelbänden über die Trumansche Außen- und Innenpolitik ist die von Richard Kirkendall herausgegebene Publikation »The Truman Period as a Research Field« zu rechnen, denn hier handelt es sich ausschließlich um Originalbeiträge, die 1972 zunächst auf einer von der Truman Library (Independence/Missouri) veranstalteten Tagung vorgetragen wurden⁴. Für jeden, der sich mit der Politik der Truman-Administration beschäftigt, ist dieses Buch vor allem deshalb eine Pflichtlektüre, weil es neben einem Resümee der bisherigen Ergebnisse zahlreiche Anregungen für weitere Forschungsvorhaben enthält. Eine notwendige Ergänzung zu diesen Veröffentlichungen stellt der von Walter LaFeber zusammengestellte Reader dar⁵; da hier wichtige Dokumente

zur Entstehung des Kalten Krieges abgedruckt sind, eignet sich dieses Bändchen gut für Seminare und ähnliche Veranstaltungen. Überdies bietet LaFeber im Gegensatz zu anderen Herausgebern für die Genesis des Kalten Krieges mit den Jahren 1941 und 1947 eine Periodisierung an: Die Proklamation der amerikanischen Kriegsziele in der Atlantik-Charta vom August 1941 sowie die sich in Truman-Doktrin und Marshall-Plan manifestierende Containment-Strategie markieren Beginn und ersten Höhepunkt eines Prozesses, in dessen Verlauf sich die amerikanisch-sowjetische Konfrontation herausbildete.

Die Revisionisten und ihre Kritiker

Wichtige Impulse verdankt die gegenwärtige lebhaftige Debatte über die Anfänge des Kalten Krieges fraglos der seit den 60er Jahren intensivierten revisionistischen Geschichtsschreibung. In der Nachfolge von William Appleman Williams, dessen einflußreiches Buch »The Tragedy of American Diplomacy« zuerst 1959 veröffentlicht wurde und inzwischen auch in deutscher Übersetzung vorliegt⁶, haben zunächst vor allem LaFeber, McCormick und Gardner die kritische Überprüfung der Geschichtsschreibung zur amerikanischen Außenpolitik vorangetrieben. Eine gute Zusammenfassung der von der Wisconsin-Schule bisher geleisteten Arbeit enthalten die beiden Sammelbände »From Colony to Empire« und »Creation of American Empire«⁷. Die wichtigsten Thesen dieser und anderer der »New Left« zugeordneten Revisionisten sowie die Rezeption ihrer Publikationen in der amerikanischen Geschichtsschreibung sind in den Übersichten von Joseph Siracusa und Robert Tucker bisher am ausführlichsten dargestellt worden⁸.

Es ist namentlich das Verdienst der Williams-Schule, die ökonomischen Antriebskräfte der amerikanischen Außenpolitik herausgearbeitet zu haben. Williams und die von ihm beeinflussten Historiker vertreten die These, daß binnenwirtschaftliche und damit auch innenpolitische Stabilisierung einerseits und überseeische Wirtschaftsexpansion andererseits eng miteinander verklammert sind. Dabei stützen sie sich primär auf die subjektive Einschätzung der am außenpolitischen Entscheidungsprozeß maßgeblich beteiligten Führungsspitzen von Wirtschaft und Politik, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Expansion über die Grenzen hinaus als vermeintliche Zwangsläufigkeit definierten⁹. Konsequenterweise verfolgte Washington dann auch seither eine expansive Außenwirtschaftspolitik. Das manifestierte sich vor allem in dem Bemühen der Vereinigten Staaten, die zunächst gegenüber China formalisierte Politik der »Offenen Tür« möglichst weltweit durchzusetzen, weil dies im amerikanischen Kalkül Voraussetzung für eine optimale Entfaltung des amerikanischen Wirtschaftspotentials war. Dieses Ringen Washingtons um eine »Open Door World« ist Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert; auch Franklin Delano

1 Die wichtigste, bis 1974 erschienene Literatur, ist zusammengestellt in der Bibliographie von E. David Cronon und Theodore D. Rosenhof, *The Second World War and the Atomic Age, 1940-1973*. Northbrook (Illinois) 1975; vgl. insbesondere auch die umfangreichen Literaturangaben in den in Anm. 3 angeführten Sammelbänden sowie die in Anm. 16 zitierten Literaturberichte. Einen Eindruck von der Literaturfülle vermittelt der ausführliche Literaturbericht von Ernst Nolte, »Kalter Krieg und deutsche Ostpolitik«, in: NPL 20 (1975), S. 308-338, 448-490 sowie E. Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, München 1974; vgl. dazu die Rezension von Werner Link, »Grundlagen der deutschen Gegenwart«, in: NPL 20 (1975), S. 394-398, sowie die Kontroverse Niethammer-Nolte: Lutz Niethammer, »Zeitgeschichte als Notwendigkeit des Unmöglichen? Zu Ernst Noltes »Deutschland und der Kalte Krieg««, in: HZ 221 (1975), S. 373-389; Ernst Nolte, »Zeitgeschichte als Theorie. Eine Erwiderung«, ebd., 222 (1976), S. 375-386.

2 *The Cold War: Origins and Developments, Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, Ninety-Second Congress, Washington 1971*. – Das für die amerikanischen Verlage auch in kommerzieller Hinsicht lukrative Interesse einer breiteren Öffentlichkeit hat offenbar dazu beigetragen, den Begriff »Kalter Krieg« wenn irgend möglich im Titel einer Neuerscheinung unterzubringen, was bis zur Irreführung potentieller Käufer führen kann. So erschien in der Serie »America and the World« beispielsweise der Überblick über die amerikanisch-französischen Beziehungen vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre von Marvin R. Zahniser unter dem Titel »Uncertain Friendship, American-French Diplomatic Relations through the Cold War«, New York-London 1975. Die amerikanisch-französischen Beziehungen in der gesamten Ära de Gaulle werden nur auf knapp 50 Seiten abgehandelt, ungedruckte Quellen wurden nicht herangezogen.

3 Thomas G. Paterson (Hrsg.), *The Origins of the Cold War*, 2. veränderte Auflage. 274 S., D.C. Heath and Company, Lexington (Mass.) – London 1974; Gerald Kurland (Hrsg.), *The Failure of Diplomacy, The Origins of the Cold War*. 170 S., Simon and Schuster, New York 1975; Jack Stuart (Hrsg.), *Succession or Repudiation? Realities of the Truman Presidency*. 155 S., Simon and Schuster, New York 1975; vgl. auch James V. Compton (Hrsg.), *America and the Origins of the Cold War*, Boston 1972; Gardner/Schlesinger/Morgenthau, *The Origins of the Cold War*, Waltham (Mass.) – London 1970; Warren F. Kimball (Hrsg.), *Franklin D. Roosevelt and the World Crisis, 1937-1945*, Lexington (Mass.) 1973; Thomas G. Paterson (Hrsg.), *Containment and the Cold War, American Foreign Policy Since 1945*, Reading (Mass.) – London 1973.

4 Richard S. Kirkendall (Hrsg.), *The Truman Period as a Research Field, A Reappraisal*, 1972. 246 S., University of Missouri Press, Columbia (Missouri) 1974; vgl. ders. (Hrsg.), *The Truman Period as a Research Field, Columbia (Missouri)* 1967.

5 Walter LaFeber (Hrsg.), *The Origins of the Cold War, 1941-1947: A Historical Problem with Interpretations and Documents*. 172 S., John Wiley & Sons, New York-London 1971; vgl. ders. (Hrsg.), *America in the Cold War, Twenty Years of Revolutions and Response, 1947-1967*, New York-London 1969.

6 William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, New York 1959, 2. Aufl. New York 1962, 3. Aufl. New York 1972; deutsch: *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt am Main 1973 und 1976.

7 William Appleman Williams (Hrsg.), *From Colony to Empire, Essays in the History of American Foreign Relations*, New York-London 1972; Lloyd C. Gardner-Walter LaFeber – Thomas McCormick, *Creation of an American Empire: U.S. Diplomatic History*, Chicago-London 1973.

8 Joseph M. Siracusa, *New Left Diplomatic Histories and Historians, The American Revisionists*, Port Washington (New York) London 1973; Robert W. Tucker, *The Radical Left and American Foreign Policy*, Baltimore-London 1971; vgl. auch Irwin Unger, »The »New Left« and American History: Some Recent Trends in United States Historiography«, in: *American Historical Review* 72 (1966/67), S. 1237-1263; J. A. Thompson, »William Appleman Williams and the 'American Empire'«, in: *Journal of American Studies* 7 (1973), S. 91-104.

9 Vgl. für die Zeit vor 1900 ausführlich Hans-Ulrich Wehler, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus, Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900*, Göttingen 1974, mit umfangreichen Literaturangaben.

Roosevelt und sein Nachfolger Harry S. Truman haben dieses Ziel nachdrücklich verfolgt und wiederholt deutlich gemacht, daß für den Fortbestand des »American system« einer aktiven Außenwirtschaftspolitik essentielle Bedeutung zukam: »Foreign trade is vitally necessary to an expanding American economy«, erklärte Truman etwa Anfang März 1946. »Our system cannot survive in a contracting economy«¹⁰.

Die auch in den 40er Jahren verfolgte Politik der »Offenen Tür« ist sicher kein umfassendes Erklärungsmodell für die amerikanische Außenpolitik im und nach dem Zweiten Weltkrieg¹¹. In dem Versuch, die »Open Door Policy« weltweit durchzusetzen, manifestiert sich aber fraglos ein aktives Element der Washingtoner Politik, dem deshalb eine so zentrale Funktion zukommt, weil es sich für die am außenpolitischen Entscheidungsprozeß beteiligten Akteure auch als innenpolitische Notwendigkeit darstellt. Dies ist für die Revisionisten ein wichtiger Ausgangspunkt, die traditionelle Interpretation auch des Kalten Krieges einer radikalen Überprüfung zu unterziehen und vor allem die Frage nach der Verantwortlichkeit Washingtons für die Genesis der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation aufzuwerfen, nachdem die amerikanische Historiographie diese Fragestellung, der auch heute noch zahlreiche Historiker ausweichen, zunächst völlig verdrängt hatte¹². Während Schlesinger in seinem vielzitierten Aufsatz aus dem Jahre 1967¹³ – ähnlich wie zwei Jahrzehnte zuvor George F. Kennan in seinem einflußreichen Beitrag »The Sources of Soviet Conduct«¹⁴ – die Entstehung des Kalten Krieges vor allem im territorialen und ideologischen Expansionsdrang der Sowjetunion sieht, formuliert etwa Gardner die Gegenthese: »To argue . . . that American Cold War policy or Soviet policy was simply part of an action-reaction syndrome in which one side or the other was totally justified, or for which neither side was responsible (as former Cold Warriors now argue), oversimplifies matters. Responsibility for the way in which the Cold War developed, at least, belongs more to the United States«¹⁵.

Die von den Revisionisten an der traditionellen Interpretation des Kalten Krieges geübte Kritik und die von ihnen initiierte Neubewertung der Rolle Washingtons bei der Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes hat eine Fülle von Kommentaren und kritischen Stellungnahmen provoziert, die zum Teil in eine polemische Auseinandersetzung gemündet sind¹⁶. Einer ausführlicheren und scharfen Kritik sind einige der revisionistischen

10 Zitiert bei Barton J. Bernstein, »American Foreign Policy and the Origins of the Cold War«, in: ders. (Hrsg.), *Politics and Policies of the Truman Administration*, Chicago 1972, S. 59.

11 N. Gordon Levin, Jr., »The Open Door Thesis Reconsidered« (Rezension von William Appleman Williams, *History as a Way of Learning*, New York 1974), in: *Reviews in American History* 2 (1974), S. 598-605.

12 Vgl. hierzu ausführlich Robert Stover, »Responsibility for the Cold War – A Case Study in Historical Responsibility«, in: *History and Theory* 11 (1972), S. 145-178.

13 Arthur Schlesinger, Jr., »Origins of the Cold War«, in: *Foreign Affairs* 46 (1967/68), S. 22-52, abgedruckt bei Kurland (s. Anm. 3), S. 74-104.

14 X (George F. Kennan), *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25 (1946-47), S. 566-582, abgedruckt bei Kurland (s. Anm. 3), S. 34-50. Trotz zahlreicher Nuancierungen hat Kennan im Kern an seiner Beurteilung der sowjetischen Politik bis heute festgehalten, zuletzt in seinem Überblick »The United States and the Soviet Union, 1917-1976«, in: *Foreign Affairs* 54 (1975/76), S. 678 ff.; zur kritischen Beurteilung Kennans vgl. das entsprechende Kapitel (»James V. Forrestal and George F. Kennan: Will the Real Mr. X Please Stand Up?«) bei Lloyd C. Gardner, *Architects of Illusion, Men and Ideas in American Foreign Policy, 1941-1949*, Chicago 1970, S. 270-300.

15 Ebd., S. 317 (Hervorhebung im Original).

16 Bernd Bonwetsch, »Amerikanische Revisionisten und Beginn des Kalten Krieges aus sowjetischer Sicht«, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium* 5 (1976), S. 30-33; Lloyd Gardner, »The Cold War in History«, in: ders. (s. Anm. 14), S. 301-320; Norman A. Graebner, »Cold War Origins and the Continuing Debate: A Review of Recent Literature«, in: *Journal of Conflict Resolution* 13 (1969), S. 123-132; Werner Link, »Die amerikanische Außenpolitik aus revisionistischer Sicht«, in: *NPL* 16 (1971), S. 205-220; Stanley Hoffmann, »Revisionism Revisited«, in: Lynn H. Miller-Ronald W. Pruessen (Hrsg.), *Reflections on the Cold War, A Quarter Century of American Foreign Policy*, Philadelphia 1974, S. 3-26; Warren F. Kimball, »The Cold War Warmed Over«, in: *American Historical Review* 79 (1974), S. 119-136; Charles S. Maier, »Revisionism and the Interpretation of Cold War Origins«, in: *Perspectives in American History* 4 (1970), S. 313-347, gekürzt abgedruckt bei Compton (s. Anm. 3), S. 157-174; Henry Pachter, »Revisionist Historians and

Historiker unlängst von Robert James Maddox unterzogen worden¹⁷. Grundlage dieser Kritik sind vor allem handwerkliche Mängel, die Maddox in den Arbeiten von Williams, Fleming, Alperovitz, Horowitz, Kolko, Clemens und Gardner aufgespürt hat¹⁸. Auf diese Weise sucht Maddox nicht nur die Glaubwürdigkeit dieser Autoren (eine Begründung für die Auswahl wird nicht gegeben), sondern der revisionistischen Geschichtsschreibung generell zu erschüttern. Es ist fraglos nicht zu akzeptieren, wenn Zitate falsch und unvollständig wiedergegeben werden oder wenn ihnen durch Herauslösen aus dem Gesamtzusammenhang ein anderer Sinn unterlegt wird. Gerade von denjenigen Historikern, die traditionelle Interpretationsansätze zu revidieren sich anschicken, sollte man erwarten, daß sie im rein handwerklichen Bereich keine Angriffsflächen bieten. Allzu leicht können derartige Fehler dazu beitragen, daß sich die Kritiker auf die Aufzählung formaler Mängel konzentrieren und den aufgeworfenen prinzipiellen Fragestellungen ausweichen. Genau dies ist in dem Buch von Maddox geschehen.

Williams' »Tragedy of American Diplomacy« charakterisiert Maddox als »a 'brilliant' piece of work, but one largely divorced from reality. The 'tragedy' is that his book has been taken so seriously by those who ought to have known better«¹⁹. Kaum besser fällt – um ein zweites Beispiel anzuführen – das Urteil über Gardner aus, dessen »Architects of Illusion« für Maddox nichts sind als ein »compendium of myths invented by earlier revisionist writers«²⁰. Ähnlich urteilt Maddox auch über die anderen von ihm rezensierten Autoren, wobei er sich jeweils auf relativ wenige Beispiele beschränkt, die er dann ohne weitere Belege als repräsentativ erklärt. Gegen dieses fragwürdige Vorgehen haben sich die betroffenen Autoren in erster Linie gewandt, als sie von der »New York Times« zu einer Stellungnahme gebeten wurden²¹. Damit ist in der Tat eine zentrale Schwäche des Buches angesprochen: Relativ wenige Beispiele aus relativ wenig Publikationen sollen zumindest implizit eine ganze Forschungsrichtung diskreditieren. Bereits in seiner Einleitung glaubt Maddox resümieren zu können »that these books without exception are based upon pervasive misusages of the source materials. Although the frequency varies from volume to volume, even the best fails to attain the most flexible definition of scholarship. Stated briefly, the most striking characteristic of revisionist historiography has been the extent to which New Left authors have revised the evidence itself. And if the component parts of historical interpretations are demonstrably false what can be said about the interpretations?«²² Einen Beitrag zur

the Cold War«, in: *Dissent*, November-Dezember 1968, S. 505-518, abgedruckt bei Walter V. Scholes (Hrsg.), *United States Diplomatic History*, Bd. 2, Atlanta 1973, S. 217-240; J. L. Richardson, »Cold War Revisionism: A Critique«, in: *World Politics* 24 (1971/72), S. 579-612; Ronald Steel, »Did Anyone Start the Cold War?« in: *New York Review of Books*, 2. September 1971, S. 23-28; Barton J. Bernstein, *Les États-Unis et les Origins de la Guerre Froide*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* 26 (1976), No. 103, S. 51-72.

17 Robert James Maddox, *The New Left and the Origins of the Cold War*. 169 S., Princeton University Press, Princeton (New Jersey) 1973. Vgl. dazu *NPL* 20 (1975) S. 471 f.

18 D. F. Fleming, *The Cold War and its Origins, 1917-1964*, 2 Bde., Garden City (New York) 1961; Gar Alperovitz, *Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam, The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with Soviet Power*, New York 1965; David Horowitz, *The Free World Colossus: A Critique of American Foreign Policy in the Cold War*, New York 1965, 2. Aufl. New York 1971; Gabriel Kolko, *The Politics of War, The World and United States Foreign Policy, 1943-1945*, New York 1968; Diane Shaver Clemens, *Yalta, New York 1970*; zu Gardner und Williams s. Anm. 6 bzw. 14.

19 Maddox (s. Anm. 17), S. 37.

20 Ebd., S. 139: »Subtler and more persuasive than previous revisionist works, »Architects of Illusion« in the last analysis rests upon similar foundations. It is history by irrelevant evidence, misused quotations, jumbled figures, and distortions of documentary materials. Gardner is a capable historian; his abilities are apparent throughout the pages of his book. That he squandered his gifts as he did is most unfortunate for those seeking a better understanding of the past. »Architects of Illusion« is a fitting title for a book that is in many ways itself based on illusion.« Ebd., S. 158.

21 Vgl. *New York Times Book Review* v. 17. Juni 1973, S. 6 f., im Anschluß an die begeistert zustimmende Rezension von Francis Loewenheim. 22 Maddox (s. Anm. 17), S. 10 f.

Beantwortung der von ihm aufgeworfenen Frage leistet Maddox bedauerlicherweise nicht, vielmehr begnügt er sich abschließend damit, seine Kollegen anzuklagen, den Schwindel der Revisionisten nicht erkannt zu haben²³.

Da Maddox auf diesem Niveau der Kritik verharrt, ist evident, daß er zu einer weiterführenden sachlichen Diskussion über die von den Revisionisten aufgeworfenen Fragen über Genesis und Verlauf des Kalten Krieges kaum beitragen kann. Selbst wenn man alle Revisionisten als Zitatfälscher entlarvt und unter Hinweis auf diese Fehler ihre Schlußfolgerungen ablehnt, ist damit noch keineswegs gesagt, daß die von diesen Historikern aufgeworfene Fragen falsch gestellt und die von ihnen für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen herausgearbeiteten Konfliktzonen für die Beurteilung der Rolle Washingtons für Genesis und Verlauf des Kalten Krieges irrelevant sind. Wie wenig Maddox jedoch an einer sachbezogenen Diskussion interessiert ist, belegt u. a. die Tatsache, daß neuere Forschungsergebnisse, die einige Thesen der von Maddox kritisierten Revisionisten erhärten, nicht zur Kenntnis genommen werden²⁴. Für die Arbeitsweise von Maddox, mit der er sich in bedenkliche Nähe der von ihm angegriffenen Praktiken rückt, nur ein Beispiel: Zur Untermauerung seiner Kritik an Gardner zieht er den Aufsatz von George Herring zum Lend-Lease-Problem heran (wobei er Herring zu eng in seinem Sinne interpretiert), der im selben Heft (Juni 1969) des »Journal of American History« erschienene Beitrag von Thomas Paterson zum Kreditproblem, der auf einer soliden Quellenbasis (Paterson konnte beispielsweise die Harriman Papers auswerten) die Interpretationen von Williams und Gardner absichert, wird mit keiner Silbe erwähnt²⁵. Nicht die Diskussion der von den Revisionisten aufgeworfenen Sachfragen, sondern eine Polemik gegen den Revisionismus, die den von diesen Historikern gestellten Fragen und zur Diskussion gestellten Thesen ausweicht, steht im Mittelpunkt. Eine differenzierte Analyse wird nicht sichtbar, denn für Maddox reduziert sich die von ihm behandelte Problematik auf einen von Williams begangenen Sündenfall: »It is scarcely an exaggeration to say that much of the existing revisionist, or 'New Left' literature on the subject amounts to little more than extended footnotes or interpretations Williams first put forward«. Hier soll dem Leser suggeriert werden, die revisionistische Geschichtsschreibung sei über die Ergebnisse von Williams nicht hinausgekommen. Die Polemik gipfelt dann in der abschließenden Frage, ob nicht die gesamte revisionistische Geschichtsschreibung möglicherweise von der Verfälschung von Dokumenten existentiell abhängig sei: »Perhaps, after all, the New Left view of American foreign policy during and immediately after World War II can *only* be sustained by doing violence to the historical record?«²⁶

Was bei Maddox noch als Frage formuliert ist, hat sich bei Robert Ferrell bereits zur Gewißheit verdichtet²⁷. In seinem stark emotional bestimmten Beitrag versteigt er sich zu der Behauptung, daß von den Revisionisten keine einzige ihrer Thesen bewiesen worden sei. Sie hätten ihre Interpretationen überhaupt nur so lange verbreiten können, wie die amerikanischen Archive geschlossen und die revisionistischen Thesen einer quellenmäßigen Über-

prüfung nicht ausgesetzt waren. Da Ferrell die Revisionisten pauschal für unglaubwürdig erklärt, ist es nur konsequent, das Aussterben dieser Gattung von Historikern für den Zeitpunkt zu prophezeien, wenn die Öffnung der amerikanischen Archivalien abgeschlossen ist. Sicher ist Ferrell zuzustimmen, wenn er auf zahlreiche Forschungslücken hinweist und umfangreichere Analysen so wichtiger Probleme wie Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Berliner Blockade, Natogründung und Koreakrieg fordert. Gerade die in den letzten Jahren verbesserte Quellenbasis wird sicher zur Modifizierung bisheriger Ergebnisse beitragen. Allerdings greift Ferrell selber dieser Entwicklung voraus, wenn er schon jetzt – bevor die von ihm geforderten Untersuchungen vorliegen – in einer Art Glaubensbekenntnis vor allem die Politik Trumans verteidigt und damit genau das tut, was er den Revisionisten als unseriös ankreiden will²⁸.

Pauschale Verurteilungen à la Maddox und Ferrell tragen bedauerlicherweise dazu bei, die Diskussion über die von den Revisionisten aufgeworfenen Fragen zu verengen, weil auf diese Weise die verschiedenen Positionen innerhalb der revisionistischen Geschichtsschreibung kaum zur Geltung kommen können. Gerade auf diese unterschiedlichen Interpretationen wird von den Revisionisten in letzter Zeit ja selber hingewiesen, wie etwa der Beitrag Lloyd Gardners in dem erwähnten Sammelband über die Trumansche Politik unterstreicht²⁹. Einige dieser divergierenden Positionen innerhalb des sog. revisionistischen Lagers hat unlängst Michael Leigh am Beispiel der von Maddox attackierten Publikationen von Fleming, Williams, Alperovitz, Kolko, Clemens und Horowitz festgemacht³⁰. Die Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität amerikanischer Außenpolitik nach dem Tode Roosevelts, der Haltung Washingtons zum Problem einer sowjetischen Einflusssphäre in Osteuropa sowie der politischen und strategischen Bedeutung der Atombombe, werden – wie Leigh herausarbeitet – durch die von ihm analysierten Revisionisten unterschiedlich beantwortet; zum Teil stellt Leigh auch einen Konsensus mit den Interpretationen revisionistischer Neigungen so unverdächtigster Autoren wie Herbert Feis und Arthur Schlesinger fest. Die knappe Untersuchung von Leigh erhellt, daß von einer homogenen revisionistischen Interpretation überhaupt keine Rede sein kann: »At best, the 'revisionist thesis' with its attendant conceptual model is an 'ideal type' explanation of the origins of the cold war, corresponding to the position of no one scholar. As such it can provide a useful model to be tested against the results of empirical research. But even to perform this heuristic function the model requires a radical overhaul to remove its internal inconsistencies«³¹. Die divergierenden Tendenzen innerhalb der Interpretationen der verschiedenen revisionistischen Historiker hält Leigh letztlich jedoch für zu groß, und er schlägt – auch unter Hinweis auf den häufig polemischen Gebrauch des Begriffs »Revisionismus« – vor, diesen Terminus aus der wissenschaftlichen Diskussion zu eliminieren. Das wird sich jedoch kaum durchsetzen lassen. Realistischer ist die von ihm vorgeschlagene Alternative, in Anlehnung an Tucker jene Gruppe von Historikern und Politologen als Revisionisten zu bezeichnen, die die Washingtoner Außenpolitik von anderen als primär altruistischen Motiven bestimmt sehen³². Diese stark generalisierende Formel hat immerhin den Vorteil, daran zu erinnern, daß

23 Ebd., S. 163: »Whatever the reasons, those critics who have permitted revisionist methodologies to go unchallenged have failed to perform an essential task. It is one thing when an individual scholar strains the evidence a bit in order to exaggerate the importance of some obscure politician or general. It is quite another when a growing body of academic historians consistently misuses the fundamental sources of a crucial era in American history.«

24 So fehlt beispielsweise eine Auseinandersetzung mit Barton J. Bernstein oder Thomas G. Paterson.

25 S. Anm. 38 und 42.

26 Maddox (s. Anm. 17), S. 164 (Hervorhebung im Original).

27 Robert H. Ferrell, »Truman Foreign Policy, A Traditionalist View«, in: Kirkendall (s. Anm. 4), S. 11–45.

28 Ebd., S. 45: »For American scholars in recent years it has been saddening to witness the nation's enmeshment in Vietnam, but most of them have continued to believe that, by and large, the nation's record of foreign policy has been a good one, and at no time more so than during the Truman administration.«

29 Lloyd C. Gardner, »Truman Era Foreign Policy, Recent Historical Trends«, in: Kirkendall (s. Anm. 4), S. 47–74.

30 Michael Leigh, »Is There a Revisionist Thesis on the Origins of the Cold War?«, in: Political Science Quarterly 89 (1974), S. 101–116.

31 Ebd., S. 115.

32 Vgl. ebd., Tucker (s. Anm. 8), S. 9.

sich die revisionistische Geschichtsschreibung in entscheidendem Maße gegen diejenigen Historiker richtet, deren Darstellungen sich im wesentlichen in einer Apologie amerikanischer Außenpolitik erschöpfen, indem sie die außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen Roosevelt und Truman als alternativlos interpretieren. Allerdings können derart pauschale Einteilungen in einen revisionistischen und einen traditionellen Interpretationsansatz kaum zu einer Klärung über Genesis und Verlauf des Kalten Krieges beitragen. Insofern ist Leigh lebhaft zuzustimmen, wenn er auf die Notwendigkeit verweist, zunächst die einzelnen Konfliktzonen im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis festzumachen und genauer zu analysieren.

Für derartige Analysen ist die Quellenlage inzwischen als günstig zu bezeichnen. So sind vor allem die Akten des State Department für die Zeit bis Ende 1949 einzusehen, die Zahl der in der Roosevelt Library und in der Truman Library zugänglichen Dokumente nimmt ständig zu; vor allem in diesen beiden Presidential Libraries stehen der Forschung in steigendem Maße die Nachlässe der an den politischen Entscheidungen der 40er Jahre beteiligten Persönlichkeiten zur Verfügung³³. Analog zu dieser Entwicklung wächst die Zahl der gedruckten Quellen ständig: Neben den »Foreign Relations of the United States«, die bis zum Jahre 1949 vorliegen³⁴, werden zunehmend auch Teileditionen der nachgelassenen Papiere der am außenpolitischen Entscheidungsprozeß beteiligten Politiker, Diplomaten und Militärs veröffentlicht³⁵. Die sich nicht zuletzt auch in diesen Publikationen manifestierende Verbesserung der Quellenlage hat inzwischen einige wichtige für die Gesamtbeurteilung vor allem der Genesis des Kalten Krieges bedeutsame Detailuntersuchungen ermöglicht. Das gilt etwa für das Lend-Lease- und Kreditproblem, die Deutschland- und Reparationsfrage sowie den Marshall-Plan³⁶.

Lend-Lease

In seiner überaus fundierten Untersuchung hat George Herring die Washingtoner Lend-Lease-Politik gegenüber der Sowjetunion eingehend analysiert, und zwar im Kontext der strategischen, politischen und ökonomischen Entwicklungen³⁷. Nachdrücklich weist Herring – der Teile seiner Forschungsergebnisse bereits 1969 veröffentlicht hatte³⁸ – die einseitige Interpretation der Washingtoner Lend-Lease-Politik als eines amerikanischen

33 Die neuesten Mitteilungen hierüber enthält jeweils das Journal of American History in seinen »Historical News and Comments«.

34 Aufgrund der besonders seit dem Zweiten Weltkrieg angestiegenen Materialfülle wird das Auswahlproblem für die Herausgeber der »Foreign Relations« allerdings immer schwieriger; vgl. hierzu William M. Franklin, »The Future of the Foreign Relations Series«, in: Milton O. Gustafson (Hrsg.), The National Archives and Foreign Relations Research, Athens (Ohio) 1974, S. 61-68.

35 Vgl. als neueste Veröffentlichung: The Diaries of Edward R. Stettinius, Jr., 1943-1946, hrsg. von Thomas M. Campbell u. George C. Herring, New York 1975.

36 Marshall-Plan und Truman-Doktrin werden in einem gesonderten Literaturbericht unter Berücksichtigung des angekündigten Buches von John Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford/California 1976, im Kontext der amerikanischen Rekonstruktionspolitik ausführlich behandelt.

37 George C. Herring Jr., Aid to Russia 1941-1946, Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War, 365 S., Columbia University Press, New York-London 1973. Zur Genesis des Lend-Lease-Programms vgl. Warren F. Kimball, The Most Unsordid Act, Lend-Lease, 1939-1941, Baltimore 1969; zur Ausdehnung auf die Sowjetunion und zum Umfang der amerikanischen Lieferungen die detaillierte Untersuchung von Robert Huhn Jones, The Roads to Russia, United States Lend-Lease to the Soviet Union, Norman (Oklahoma) 1969.

38 George C. Herring, Jr., »Lend-Lease to Russia and the Origins of the Cold War, 1944-1945«, in: Journal of American History 56 (1969/70), S. 93-114, abgedruckt bei Kurland (s. Anm. 3), S. 106-127.

Pressionsmittels gegenüber der Sowjetunion zurück, indem er einleitend vor allem den für Roosevelt hohen strategischen Stellenwert der Lend-Lease-Lieferungen an die Sowjetunion herausarbeitet. Das strategische Konzept des Präsidenten zur Bekämpfung der Achsenmächte sowie seine Furcht vor einem deutsch-sowjetischen Separatfrieden erklären in der Tat sein Eintreten für eine bedingungslose materielle Unterstützung der Sowjetunion. Überdies habe Roosevelt, um sich in dieser Frage der innenpolitischen Zustimmung zu versichern, das Lend-Lease-Programm wiederholt als typische Kriegsmaßnahme definiert. In diesem Kontext sei es nur logisch, daß die für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten Lieferungen mit dem Ende der Feindseligkeiten in Europa eingestellt wurden. Sowohl die von Roosevelt zum großen Teil aus taktischen Gründen vor allem gegenüber der Legislative wiederholte Charakterisierung des Lend-Lease-Programms als eine reine Kriegsmaßnahme als auch die im Jahre 1945 zunehmenden Spannungen Roosevelts mit dem Kongreß, so argumentiert Herring, hätten es der Exekutive unmöglich gemacht, Vorbereitungen zu treffen, um das Lend-Lease-Programm in eine Rekonstruktionshilfe für die Nachkriegszeit münden zu lassen. Allerdings räumt auch Herring ein, daß die Art und Weise, wie die – von den Revisionisten immer wieder angeführte – plötzliche drastische Reduzierung der Lend-Lease-Lieferungen verkündet und praktiziert wurde, in Moskau erhebliche Zweifel an der amerikanischen Kooperationsbereitschaft aufkommen lassen mußte³⁹.

Allerdings weist Herring die beispielsweise von Bernstein und Alperovitz vertretene, neuerdings von Gardner bekräftigte These⁴⁰ nachdrücklich zurück, die Truman-Administration habe hier das ökonomische Potential bewußt als Instrument der Politik eingesetzt, etwa um sowjetische Konzessionen in Ost- und Südosteuropa zu erhalten. Konform geht Herring jedoch mit diesen Autoren in der Beurteilung der Auswirkungen der Lend-Lease-Krise auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, und er wertet immerhin die Beendigung bedingungsloser Hilfslieferungen an die Sowjetunion als Signal für einen Kurswechsel gegenüber Moskau: »Revisionists have correctly noted a relationship between the crisis in Soviet-American relations and the handling of lend-lease. In late April, 1945, the Truman administration carried forward to a conclusion the reevaluation of American aid policy proposed by [Admiral] Standley as early as 1942 and pressed relentlessly by Harriman since the beginning of 1944. Termination of unconditional aid, while necessary to satisfy Congress, also signified a fundamental change in attitude and policy towards the USSR.«⁴¹ Herring konzediert also, daß die Truman-Administration die instrumentale Bedeutung der wirtschaftlichen Überlegenheit als Mittel der Diplomatie definierte. Seine Kritik richtet sich vor allem gegen die aus seiner Sicht unzutreffende Interpretation der Vorgänge von Mitte Mai als eines kalkulierten anti-sowjetischen Aktes der Washingtoner Entscheidungsträger. Für die negativen Folgen der abrupten Unterbrechung der Lend-Lease-Lieferungen (zum Teil wurden bereits auf See befindliche Schiffe zurückgerufen) macht er vorwiegend »poor

39 Herring (s. Anm. 37), S. 206: »The abrupt stoppage of lend-lease shipments, although quickly corrected, constituted a serious diplomatic blunder. The mere adjustments of lend-lease to the USSR after four years of generous treatment was bound to evoke protests from the Russians. American officials had on occasion warned their Russian counterparts that V-E Day would force reductions in lend-lease, but they had not emphasized the point nor had they adequately prepared the Russians in April and May for changes they knew would soon take place. The sudden, drastic, even rude stoppage of shipments on May 12 – without warning and without consultation – needlessly antagonized the Russians at a critical juncture in Soviet-American relations. It accomplished precisely what Harriman and Stettinius had attempted to avoid, giving the Russians the impression that the United States was attempting to use economic pressure to coerce them into making concessions.«

40 Lloyd Gardner, »From Liberation to Containment 1945-1953«, in: Williams (s. Anm. 7) S. 347.

41 Herring (s. Anm. 37), S. 209.

planning« und »bureaucratic confusion« verantwortlich. Ein Teil der Verantwortung müsse Roosevelt angelastet werden; er habe es versäumt, rechtzeitig klare Richtlinien über die Modalitäten von Lend-Lease für die Zeit nach dem Sieg in Europa erarbeiten zu lassen und die Sowjets nicht langfristig auf eine Modifizierung des Lend-Lease-Programms vorbereitet. In ihrer Wirkung, daran kann kein Zweifel bestehen, bedeutete die Washingtoner Lend-Lease-Politik vom Sommer 1945 eine schwere Belastung der Beziehungen zu Moskau. Die von diesem Problem ausgehende Irritation der sowjetischen Führung wird, wie vor allem die Arbeiten von Thomas Paterson zeigen⁴², vollends deutlich, wenn man die amerikanische Lend-Lease-Praxis im Kontext der amerikanischen Anleihepolitik interpretiert.

Kreditpolitik der USA

Als Molotow dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Averell Harriman, am 3. Januar 1945 ein formelles Gesuch der Sowjetunion um amerikanische Kapitalhilfe präsentierte, löste dies innerhalb der Regierung in Washington einen intensiven Gedankenaustausch über die prinzipielle Orientierung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion aus. So sah Finanzminister Morgenthau in dem sowjetischen Anleihegesuch die Chance, durch ein großzügiges finanzielles Entgegenkommen der USA die Kriegskoalition in eine enge amerikanisch-sowjetische Kooperation in der Nachkriegszeit münden zu lassen. Eine Anleihe Washingtons an die Sowjetunion sei überdies auch im ökonomischen Interesse der USA, und Morgenthau schlug daher vor, der Sowjetunion sogar einen Kredit in Höhe von 10 Milliarden Dollar zu gewähren: »This credit to Russia would be a major step in your program to provide 60 Million jobs in the post-war period«, argumentierte Morgenthau gegenüber Roosevelt⁴³. Dagegen vertrat der bei der Formulierung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion einflußreiche Harriman die Auffassung, Washington könne mit Hilfe der Anleihepolitik auf die sowjetische Führung ökonomischen Druck ausüben, um Moskau in den zwischen den beiden Regierungen strittigen Fragen, wie etwa einer sowjetischen Einflußsphäre in Ost- und Südosteuropa, zu Konzessionen zu zwingen. Bereits im Frühjahr 1944 hatte sich Harriman von der Überlegung beeindruckt gezeigt »that economic assistance is one of the most effective weapons at our disposal to influence European political events in the direction we desire and to avoid the development of a sphere of influence of the Soviet Union over Eastern Europe and the Balkans⁴⁴«. Nach dem sowjetischen Anleihegesuch bekräftigte dann Harriman seine Überzeugung »that the question of the credit should be tied into our overall diplomatic relations with the Soviet Union and at the appropriate time the Russians should be given to understand that our willingness to cooperate wholeheartedly with them in their vast reconstruction problems will depend upon their behavior in international matters . . . I believe that the United States Government should retain control of any credits in order that the political advantages may be retained and that we may be satisfied the equipment purchased is for purposes that meet our general approval⁴⁵«. Um dieses wichtige politische Instrument nicht vorzeitig aus der Hand

zu geben, warnte Assistant Secretary of State Will Clayton vor einer zu schnellen Entscheidung über den Kredit⁴⁶.

Die im State Department in der Kreditfrage entwickelte Verzögerungspolitik, so argumentiert Paterson, bietet dann auch eine Erklärung dafür, warum die von sowjetischer Seite in Jalta allerdings nur am Rande angeschnittene Kreditfrage auf der Konferenz nicht verhandelt wurde: »The loan question was implicit at the conference, at least in the minds of the diplomats, for the Soviet request had been filed only a month earlier and United States officials had deliberately decided not to discuss it directly. Roosevelt apparently continued to believe that there was more diplomatic value in keeping the Soviets uncertain and hopeful than in offering aid at that time.«⁴⁷ Diese Verzögerungspolitik wurde von Truman unter dem maßgeblichen Einfluß Harrimans fortgesetzt. In Potsdam schien Truman allerdings darauf vorbereitet zu sein, über amerikanische Rekonstruktionshilfen für die Sowjetunion zu verhandeln. Warum dieses Problem dann während der Konferenz weder von den USA noch von der Sowjetunion angeschnitten wurde, bleibt für Paterson allerdings ein Rätsel. Eine mögliche Erklärung könnte der von Paterson gegebene Hinweis sein, daß die Kreditfrage auf beiden Seiten insofern falsch eingeschätzt wurde, als vor allem das State Department die Abhängigkeit der Sowjetunion von amerikanischen Finanzhilfen zu hoch veranschlagte, während Moskau offenbar von der Annahme ausging, die Kreditvergabe an die Sowjetunion sei für Washington deshalb eine Notwendigkeit, weil die Vereinigten Staaten auf die Schaffung von Kaufkraft angewiesen seien, um die zur Abwendung einer Depression dringend erforderlichen Auslandsmärkte erschließen zu können⁴⁸. Erst Anfang August informierte Botschafter Harriman die sowjetische Regierung, daß die Export-Import-Bank bereit sei, die sowjetischen Vorschläge für eine amerikanische Wiederaufbauhilfe in Erwägung zu ziehen. Aber selbst die auf 1 Milliarde Dollar reduzierten sowjetischen Wünsche (diese Verminderung der ursprünglichen Forderungen von 6 Milliarden ergab sich aus der Tatsache, daß der Export-Import-Bank für Rekonstruktionkredite insgesamt nur 3,5 Millionen Dollar zur Verfügung standen) blieben unerfüllt. Die Kreditfrage wurde von Washington weiterhin zunächst dilatorisch behandelt; sie scheiterte schließlich, weil die Gewährung der Anleihe von den Vereinigten Staaten von umfassenden sowjetischen Konzessionen abhängig gemacht wurde. Das Weiße Haus und das State Department – so weist Paterson nach – glaubten, mit Hilfe der Anleihepolitik Moskau dazu bewegen zu können, sich bei den zu lösenden internationalen Problemen den jeweiligen amerikanischen Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen. So habe Truman die Kreditfrage als Instrument für die weltweite Durchsetzung der traditionellen Offenen-Tür-Politik einsetzen und insbesondere der Etablierung einer sowjetischen Einflußsphäre in Ost- und Südosteuropa entgegenwirken wollen⁴⁹.

Diese Haltung der amerikanischen Regierung wird von Paterson vor allem deshalb kritisiert, weil Washington nach dem Motto »our way or not at all« die Kreditfrage schon vor Beginn konkreter Einzelverhandlungen als diplomatische Waffe einsetzte, statt die amerikanische Kapitalkraft am Konferenztisch in die Waagschale zu werfen⁵⁰. Vor allem im

42 Thomas G. Paterson, *Soviet-American Confrontation, Postwar Reconstruction and the Origins of the Cold War*. 287 S., Johns Hopkins University Press, Baltimore-London 1974, bes. S. 33-56; ders., »The Abortive American Loan to Russia and the Origins of the Cold War, 1943-1946«, in: *Journal of American History* 56 (1969/70), S. 70-92.

43 Morgenthau an Roosevelt, 10. Januar 1945, LaFeber, *Origins of the Cold War* (s. Anm. 5), S. 112; vgl. Paterson, *Soviet-American Confrontation* (s. Anm. 42), S. 39.

44 Zitiert ebd., S. 36.

45 Harriman an State Department, 6. Januar 1945, im Auszug abgedruckt bei LaFeber, *Origins of the Cold War* (s. Anm. 5), S. 115.

46 Clayton an Stettinius, 20. Januar 1945, in: *Selected Papers of Will Clayton*, hrsg. von Frederick J. Dobney, Baltimore-London 1971, S. 110: »From a tactical point of view it would seem harmful for us to offer such a large credit at this time and thus lose what appears to be the only concrete bargaining lever for us in connection with the many other political and economic problems which will arise between our two countries.«

47 Paterson, *Soviet-American Confrontation* (s. Anm. 42), S. 40.

48 Vgl. ebd., S. 50.

49 Zum Osteuropaprobem vgl. ebd., bes. S. 99-119.

50 Ebd., S. 56.

Hinblick auf den schnellen, erfolgreichen Abschluß der amerikanisch-britischen Kreditverhandlungen zu günstigen Bedingungen könne es nicht überraschen, wenn das Vorgehen der amerikanischen Regierung zu einer erheblichen Belastung der sowjetisch-amerikanischen Beziehung beigetragen habe: »... a considerable amount of evidence suggests that the United States' refusal to aid Russia's postwar reconstruction through a loan similar that granted Britain in early 1946 may have contributed to a continuation of a low standard of living for the Russian people, with the detrimental international effects, to a harsher Russian policy toward Germany and eastern Europe, and to unsettled and inimical Soviet-American relations«⁵¹. Dieses vorsichtige Resümee glaubt Ferrell zum Anlaß nehmen zu können, die Kreditfrage als ein für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nebensächliches Problem einstuft zu können⁵². Fraglos kann es sich bei der Untersuchung von Paterson nicht um ein endgültiges Ergebnis zu dieser Frage handeln. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß entsprechende sowjetische Quellen der westlichen Forschung nicht zugänglich sind, zählt er die Frage, ob ein amerikanischer Kredit an die Sowjetunion die sowjetische Führung kooperationswilliger gemacht hätte, zu den »great 'if' questions of history«, wie Edward Steitinius in diesem Zusammenhang bereits 1949 formulierte⁵³.

Unbestreitbar ist aber das große Verdienst von Paterson, die Kreditfrage als wichtiges Problem der Frühphase des Kalten Krieges herausgearbeitet zu haben. Durch den Nachweis, daß es sich bei der amerikanischen Politik um eine kalkulierte Verzögerungsstrategie handelte, sind Versuche einer plumpen Apologie wie etwa die Behauptung Schlesingers, die entsprechenden Akten seien bei ihrer Übergabe von der Foreign Economic Administration an das State Department verlegt worden und deshalb bis zum März 1946 unbearbeitet geblieben, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Immerhin räumt selbst Schlesinger ein, daß die Entwicklung der Kreditfrage zu einer Belastung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen beigetragen habe⁵⁴.

Amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland

Da es Moskau nicht gelang, von den USA Rekonstruktionshilfen zu erlangen (Washington überdies noch – wie Paterson im einzelnen darlegt – durch Handelsbeschränkungen und Einstellen der von den USA im wesentlichen finanzierten Hilfsleistungen der »United Nations Relief and Rehabilitation Administration« in den sowjetischen Einflußbereich den ökonomischen Druck auf die Sowjetunion zu verstärken suchte⁵⁵), mußte aus Moskauer Perspektive dem Reparationsproblem erhöhte Bedeutung zukommen. Reparationslieferungen aus dem besetzten Deutschland bildeten für die Sowjetunion die letzte noch verbliebene Möglichkeit, ihre im Krieg erlittenen materiellen Verluste zu kompensieren. Lend-Lease-, Anleihe- und Reparationsproblem können in ihrer Wirkung auf die Sowjetunion mithin nicht isoliert betrachtet werden; es ist Bruce Kuklick daher zuzustimmen, wenn er in der bisher ausführlichsten Analyse der Reparationsfrage auf die enge Verknüpfung insbesondere von Reparations- und Kreditpolitik verweist⁵⁶. Ähnlich wie Paterson geht auch Kuklick

davon aus, daß die Vereinigten Staaten für die Nachkriegszeit ihr traditionelles Ziel einer liberalen Weltordnung zu realisieren wünschten. Das interne Ringen innerhalb der amerikanischen Regierung um diese von ihm als »multilateralism« bezeichnete Konzeption ist von Kuklick ausführlich dargestellt und überzeugend belegt worden, so daß sein Buch ein über die Behandlung der Reparationsfrage weit hinausgehender Beitrag zur Beurteilung amerikanischer Kriegs- und Nachkriegspolitik ist: »The essential tool for comprehending American foreign affairs from 1939 to 1946 is the multilateral conception of an international politico-economic system«, faßt Kuklick prägnant zusammen⁵⁷.

Die von Kuklick wiederholt formulierte Auffassung, zur Realisierung dieses Multilateralismus in Osteuropa habe Washington die Reparationspolitik unmittelbar als Druckmittel gegenüber der Sowjetunion eingesetzt und damit letztlich die Teilung Deutschlands provoziert, scheint quellenmäßig allerdings nicht hinreichend abgesichert. Die amerikanische Haltung in der Reparationsfrage stellt sich vielmehr als Reaktion auf Maßnahmen der Sowjetunion (und Frankreichs) einerseits dar⁵⁸, andererseits ist sie als Funktion der auch von Kuklick skizzierten amerikanischen Stabilisierungspolitik in Deutschland zu sehen. Während sich die Sowjetunion weigerte, die in Potsdam vereinbarte wirtschaftliche Einheit Deutschlands Realität werden zu lassen und die ebenfalls im Potsdamer Abkommen als Kompensation eines Teils westzonaler Reparationsleistungen verbindlich geregelten ostzonalen Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen unterband, konfrontierte sie die westlichen Alliierten mit der Forderung nach Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion. Diese auch in anderen Bereichen auszumachende »unilaterale sowjetische Politik stellte die USA vor die unakzeptable Alternative, entweder Deutschland dem wirtschaftlichen Chaos (samt dessen politischen Folgen) zu überlassen oder über lange Jahre die deutsche Bevölkerung aus amerikanischen Steuermitteln zu ernähren und so die Durchführung des sowjetischen Reparationsprogramms kreditär zu ermöglichen«⁵⁹. Keine dieser Möglichkeiten stand für die amerikanische Regierung ernsthaft zur Debatte, denn Washington strebte seit dem Sommer 1945 eine ökonomische Stabilisierung Deutschlands an, das ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg auch seit 1945 zum Kernstück Washingtoner Europapolitik wurde. Eine gute Einführung in die Probleme amerikanischer Deutschlandpolitik seit 1945 und einen hervorragenden Überblick über den Forschungsstand bietet jetzt Manfred Knapp in dem von ihm herausgegebenen Sammelband, der außerdem Beiträge von Link, Czempiel, Morgan, Medick und Kaufmann enthält⁶⁰. Hervorzuheben ist für die erste Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg der von Werner Link durchgeführte Vergleich der jeweiligen Washingtoner Deutschlandpolitik nach den beiden Weltkriegen, der zahlreiche Parallelen sowohl in den Zielsetzungen als auch in den Mitteln

57 Ebd., S. 226.

58 Zur amerikanischen Reparationspolitik vgl. auch John Gimbel, »The American Reparations Stop in Germany: An Essay on the Political Use of History«, in: *Historian* 37 (1974/75), S. 276-304, der vor allem den Gegensatz zu Frankreich betont.

59 Link (s. Anm. 60), S. 102. Vgl. auch Kuklick (s. Anm. 56), S. 222: »But any agreement on reparations was undercut because it would mean a modification of U.S. plans and partial Russian control over all of Germany. The other alternative was for the Americans to finance Russian recovery as they had begun to do for the economies of western Europe. But the United States could not or would not seriously contemplate a solution of this sort.«

60 Manfred Knapp (Hrsg.), *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, 268 S., Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1975, mit folgenden Beiträgen: Manfred Knapp, »Zum Stand der Forschung über die deutsch-amerikanischen Nachkriegsbeziehungen«, S. 7-85; Werner Link, »Zum Problem der Kontinuität der amerikanischen Deutschlandpolitik im zwanzigsten Jahrhundert«, S. 86-131 (auch abgedruckt in: *Amerikastudien, American Studies* 20 [1974], S. 122-154); Ernst-Otto Czempiel, »Die Bundesrepublik und Amerika: Von der Okkupation zur Kooperation«, S. 132-169; Roger Morgan, »Washington und Bonn: Eine Fallstudie für Allianz-Politik«, S. 170-187; Monika Medick, »Burden-sharing« und Devisenausgleich als Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen«, S. 188-227; Hugo M. Kaufmann, »Aspekte zur politischen Ökonomie der deutsch-amerikanischen Beziehungen (insbesondere monetäre Probleme)«, S. 228-254.

51 Ebd., S. 34.

52 Vgl. Ferrell (s. Anm. 27), S. 36 f., der sich auf den Aufsatz von Paterson (s. Anm. 42) stützt.

53 Zitiert bei Paterson, *Soviet-American Confrontation* (s. Anm. 42), S. 34.

54 Vgl. Schlesinger (s. Anm. 13), S. 44; dieser Argumentation folgt auch Herrig (s. Anm. 37), S. 255.

55 Vgl. Paterson, *Soviet-American Confrontation* (s. Anm. 42), S. 57-98.

56 Bruce Kuklick, *American Policy and the Division of Germany, The Clash with Russia over Reparations*, 286 S., Cornell University Press, Ithaca (New York) 1972.

zu deren Realisierung zu Tage fördert. Link geht davon aus, daß Washington die Nachkriegssituation wie nach 1918/19 primär ökonomisch definierte, »nämlich als Notwendigkeit, die Weltwirtschaft zu stabilisieren, der expandierenden amerikanischen Wirtschaft günstige Weltmarktchancen zu schaffen und die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zu sichern . . . Neu im Vergleich zur Zwischenkriegszeit war jedoch die Einsicht, daß eine politische Institutionalisierung der ökonomischen internationalen Zusammenarbeit notwendig war und daß auswärtige Anleihen supplementär von privaten und staatlichen Stellen vorgenommen werden mußten, daß sie nicht dem freien (gewissermaßen automatisch wirkenden) Kräftespiel überlassen werden durften, sondern einer Regelung und Kontrolle bedurften. Ökonomischer und politischer Internationalismus sollten vereint werden, da sie sich wechselseitig bedingten.« Wenn die wirtschaftliche Konsolidierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik der beiden ersten Nachkriegsjahre zunächst dominierte, resultierte dies aus der »unmittelbaren Notsituation und aus der Hoffnung auf eine politische Verständigung mit der Sowjetunion«⁶¹. Wenngleich das Potsdamer Abkommen durchaus kooperative Elemente für eine solche Verständigung enthielt, gelang es der Truman-Administration nicht, ihre Ordnungsvorstellungen in ganz Deutschland durchzusetzen. Die zunächst in der amerikanischen Zone praktizierte wirtschaftliche Stabilisierung konnte aufgrund der sowjetischen Haltung nur auf die anderen beiden Zonen Westdeutschlands ausgedehnt werden, das schließlich immer stärker ins Zentrum der gesamten amerikanischen Rekonstruktionspolitik rückte.

Diese frühe ökonomische Stabilisierungspolitik ist von der neueren Forschung zunehmend herausgearbeitet worden. So hat John Backer⁶², der der amerikanischen Militärregierung als Mitarbeiter in der Wirtschaftsabteilung angehört hatte, anhand vor allem der OMGUS-Akten⁶³ deutlich gemacht, daß die Militärregierung bereits unmittelbar nach der deutschen Kapitulation eine Rekonstruktionspolitik einleitete, die sich zunächst auf die Verbesserung der Infrastruktur, die Steigerung der Industrieproduktion und die vom Verfasser ausführlicher dargestellte Exportförderung konzentrierte, alles Maßnahmen, die dann für das Funktionieren des European Recovery Program von Bedeutung waren. Eine detaillierte Analyse der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung hat jetzt Werner Abelshauser vorgelegt, der vor allem auch die Startbindungen des Wiederaufstiegs in der amerikanischen und britischen Besatzungszone dadurch festmacht, daß er einige systemunabhängige Wachstumsdeterminanten quantifiziert⁶⁴. Zwar brach der erste im Sommer 1945 eingeleitete Rekonstruktionsversuch im Winter 1946/47 primär wegen zu geringer Transportkapazitäten zusammen, im Frühjahr 1947 erfolgte dann jedoch, wie Abelshauser nachweist, der Durchbruch zur beschleunigten Rekonstruktion, ohne den die schnellen Erfolge der Währungsreform und das sog. »Wirtschaftswunder« gar nicht denkbar sind: »Nicht die Währungsreform steht daher am Beginn der westdeutschen Rekonstruktionsperiode, sondern der erfolgreiche zweite Rekonstruktionsaufschwung hat sie erst möglich gemacht«⁶⁵.

Abelshauser bestätigt mit seiner ökonomischen Interpretation – ebenso wie die von ihm

61 Link (s. Anm. 60), S. 118.

62 John H. Backer, *Priming the German Economy, American Occupational Policies 1945–1948*. 212 S., Duke University Press, Durham/North Carolina 1971.

63 Eine Übersicht über die OMGUS-Bestände gibt jetzt James J. Hastings, »Die Akten des Office of Military Government for Germany (US)«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976), S. 75–101.

64 Werner Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 30. 178 S., Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975.

65 Ebd., S. 63.

offenbar nicht herangezogene Arbeit von Backer – die bereits von John Gimbel herausgearbeitete »Kontinuität 'positiver' amerikanischer Deutschlandpolitik vom ersten Tag des Besatzungsregimes an«, obwohl die restriktive Direktive JCS 1067 offiziell erst im Juli 1947 zurückgenommen wurde⁶⁶. Diese umstrittene Weisung der Vereinigten Stabschefs^{66a} vom Frühjahr 1945, die keinerlei Maßnahmen zuließ, welche die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschland oder die Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft zum Ziel hatten, hat bei der Interpretation der amerikanischen Deutschlandpolitik wiederholt zu einer Überschätzung des Morgenthau-Plans geführt, der in seinem Kern auf eine drastische Reduzierung der industriellen Kapazitäten des besiegten Deutschland abzielte. So kam noch im Jahre 1967 eine Senatspublikation zu dem Ergebnis: »During the first two years of Allied occupation the Treasury program of industrial dismantlement was vigorously pursued by American officials«⁶⁷. Die Unhaltbarkeit dieser These dokumentiert jetzt auch der Reader von Warren F. Kimball über Genesis und Scheitern der Morgenthauschen Konzeption⁶⁸. Kimball macht deutlich, daß die Weisung JCS 1067 für die Beurteilung der faktischen Entwicklung der amerikanischen Besatzungspolitik kaum relevant sein kann, weil die Militärregierung unter General Clay die Kernbestimmungen der Direktive durch großzügige Interpretation der Ausnahmeklauseln zu unterlaufen verstand: »Clay's attitude is critical to an understanding of policy for . . . he utilized the escape clauses in JCS 1067 and made the directive fit army policy without the chore of pushing another revision through the bureaucracy«⁶⁹. Einen ausführlichen Einblick in diese auch von Latour und Vogelsang⁷⁰ betonte pragmatische Rekonstruktionspolitik des amerikanischen Militärgouverneurs vermittelt vor allem die zweibändige Edition von Teilen der erst im Jahre 1971 entdeckten Akten Lucius D. Clays⁷¹. So schrieb Clay schon vor der deutschen Kapitulation an den späteren Außenminister Byrnes: »Conditions in Germany are getting progressively worse and large sections of all important cities have been obliterated. Of course, we have a long range problem in preventing the restoration of Germany's war potential. However, this is not the short range problem as several years will be required to develop even a sustaining economy to provide a bare minimum standard of living«⁷².

66 Ebd., S. 89; vgl. John Gimbel, *The American Occupation of Germany, Politics and the Military, 1945–1949*, Stanford (California) 1968 (deutsch: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt am Main 1971); vgl. auch Backer (s. Anm. 62): »The change of policy guidances which took place in 1947 had little if any bearing on the constructive efforts of the Military Government; in conjunction with a changing political climate, however, the new policy helped to set the German stage for the European Recovery Program which, thanks to the groundwork of the preceding years, could pursue the same objectives at a much accelerated pace.« S. 201.

66a Vgl. hierzu jetzt die Dokumentation von Hermann Graml, *Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976), S. 308–323.

67 Morgenthau Diary (Germany), Prepared by the Subcommittee to Investigate the Administration of the Internal Security Act and other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary, United States Senate, 2 Bde., Washington 1967, S. 76.

68 Warren F. Kimball (Hrsg.), *Swords or Ploughshares? The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943–1946*. 172 S., J. B. Lippincott, Philadelphia 1976.

69 Ebd., S. 60.

70 Conrad F. Latour – Thilo Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973, S. 145–181.

71 *The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949*, hrsg. von Jean Edward Smith, 2 Bde. XLI, 1210 S., Indiana University Press, Bloomington (Indiana)-London 1974.

72 Clay an Byrnes, 20. April 1945, ebd., S. 6; vgl. auch S. 8: »I think that Washington must revise its thinking relative to destruction of Germany's war potential as an immediate problem.« Beide Dokumente im Auszug abgedruckt bei Kimball (s. Anm. 68), S. 162. In der Öffentlichkeit und gegenüber deutschen Gesprächspartnern unterstrich Clay jedoch die Entschlossenheit der Militärregierung, das deutsche Rüstungspotential zu zerschlagen und insbesondere die Schwerindustrie drastisch zu reduzieren. Vgl. etwa die Rede Clays vom 17. Oktober 1945 auf der konstituierenden Tagung des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebietes in Stuttgart, abgedruckt in: *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949*, Bd. I, September 1945 bis Dezember 1946, bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz, München 1976, S. 125 f.

Zu Recht verweist Abelshäuser in diesem Kontext darauf, daß für eine angebliche »dramatische Wende der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Deutschland, die in der Regel mit der Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes und dem erfolglosen Ausgang der Moskauer Außenministerkonferenz in Zusammenhang gebracht wird, ... sich in der industriellen Entwicklung und der konkreten Wirtschaftspolitik der Militärregierung kein Beleg« findet. Er plädiert daher für eine »vorsichtigere Einschätzung der Bedeutung des Ost-West-Konflikts«, der bisher sowohl für die Verzögerung als auch den endgültigen Durchbruch des westdeutschen Wiederaufstiegs verantwortlich gemacht worden sei. Weder der »späte Beginn des entscheidenden zweiten Rekonstruktionsanlaufs noch seine spezifische Dynamik« lassen sich nach seiner Auffassung aus dem Gegensatz von sowjetischen und angelsächsischen Vorstellungen über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ableiten: »Der Dissens, der die Realisierung der in Potsdam angestrebten wirtschaftlichen Verbesserungen verhindert hat, bestand vielmehr unter den westlichen Alliierten – USA und Großbritannien einerseits und Frankreich andererseits – sowie zwischen den Vorstellungen des State Department und der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Die sich im Laufe des Jahres 1947 anbahnende Ost-West-Auseinandersetzung hatte ihre ökonomischen Konsequenzen – etwa in Gestalt der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan – erst im Laufe des folgenden Jahres«⁷³.

So sehr es zu begrüßen ist, wenn Abelshäuser unter Hinweis auf seine Wachstumsanalyse die vermeintliche epochale Bedeutung von Währungsreform und Marshall-Plan relativiert, so wenig überzeugt die späte Datierung des Ost-West-Konflikts, der in wichtigen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bereits 1945 Realität war. Es stellt sich mithin die Frage, ob die von Abelshäuser konstatierte »positive« amerikanische Deutschlandpolitik seit Beginn des Besatzungsregimes nicht doch stärker im Kontext des amerikanisch-sowjetischen Ringens um die Vorherrschaft in Deutschland zu interpretieren ist. Zumindest von Clay ist die von ihm wesentlich getragene ökonomische Stabilisierungspolitik in Westdeutschland sehr früh als ein Instrument definiert worden, um der Ausbreitung des kommunistischen Einflusses entgegenzuwirken⁷⁴.

Vor allem die von Clay formulierte Verengung der Möglichkeiten amerikanischer Deutschlandpolitik auf die Alternative »communism or American style of democracy and economics« wird von Kimball scharf attackiert⁷⁵. Denn die Stabilisierung Westdeutschlands nach amerikanischen Ordnungsvorstellungen, so argumentiert er, habe zur Verschärfung des Kalten Krieges entscheidend beigetragen. »The one alternative which Truman really never considered was the strong and insistent pursuit of a neutralized and decentralized Germany. That alone would have reshaped and changed the basic structure of the Cold War. Possibly it would have helped to create a change for the worse, if we assume that Soviet belligerence toward the West existed without regard for Western policies; possibly for the better, if we assume that Russian fears of Germany were historic and real and that Soviet policies reflected, at least in part, the actions of the Western nations. Even if tension and conflict between powerful nation-states is inevitable, the intensity of the Cold War has

73 Abelshäuser (s. Anm. 64), S. 169.

74 Clay an Echols und Peterson, 27. März 1946, in: Clay Papers (s. Anm. 71), S. 184: »It is our belief that the Russian zone is feeding approximately 1500 calories and will continue to do so until the next harvest season. We have insisted on democratic process in the U.S. zone and have maintained a strict neutrality between political parties. As a result the Communist Party has made little inroad. However, there is no choice between becoming a communist on 1500 calories and a believer in democracy on 1000 calories. It is my sincere belief that our proposed ration allowance in Germany will not only defeat our objectives in middle Europe but will pave the road to a Communist Germany.«

75 Kimball (s. Anm. 68), S. 166.

proceeded from specific issues. Germany, where Soviet and American power physically met, was the greatest issue of all. The Morgenthau Plan did not have improved Soviet-American relations as a primary goal, but a weak and neutral Germany lay at the very heart of the proposal. When the American government finally threw out the Morgenthau Plan for Germany, it threw out the baby with the bath water; for not only did the United States eschew a policy of revenge, but it also tossed away programs which could have established a truly neutral, disengaged Germany. That alternative might have, with relatively little risk, significantly diminished the tension and length of the Cold War«⁷⁶.

Alternativen zur amerikanischen Rußlandpolitik?

Mit der von Kimball formulierten Kritik an der amerikanischen Rekonstruktionspolitik in Westdeutschland ist zugleich die für die Interpretation der Anfangsphase des Kalten Krieges so wichtige Frage nach den Alternativen der amerikanischen Kriegs- und Nachkriegspolitik prinzipiell angeschnitten. Diese Fragestellung mußte naturgemäß so lange zurücktreten wie die amerikanisch-sowjetische Nachkriegskonfrontation als unausweichlich und die amerikanische Außenpolitik primär als Eindämmungsstrategie definiert wurde. In der gegenwärtigen Debatte über die mögliche Verantwortung Washingtons für die Verschärfung des amerikanisch-sowjetischen Gegensatzes und der damit gestellten Frage nach der möglichen Alternative zu diesem Konfrontationskurs findet auch die zeitgenössische Kritik an dem von Truman gegenüber Moskau praktizierten harten Kurs wieder Interesse. Das unterstreicht beispielsweise der von Thomas G. Paterson edierte Sammelband »Cold War Critics«⁷⁷, der insofern eine wichtige Funktion erfüllt, als einige der abgedruckten Beiträge deutlich machen, daß auch innerhalb der Führungsschichten von Wirtschaft und Politik Alternativen zur Debatte gestellt worden sind. Wichtige Einsichten vermitteln hier die Vorstellungen und das politische Schicksal von Henry A. Wallace, Landwirtschaftsminister in den ersten beiden Roosevelt-Administrationen, Vizepräsident von 1940 bis 1945 und von 1945 bis zu seiner Entlassung im September 1946 Secretary of Commerce unter Roosevelt und Truman. Dem von Wallace vorgeschlagenen außenpolitischen Konzept kommt für die Beurteilung der Trumanschen Politik deshalb eine so große Bedeutung zu, weil er sich in seinen politischen Grundanschauungen über die Notwendigkeit einer aktiven amerikanischen Außenpolitik mit der Mehrheit der Führungsspitzen von Wirtschaft und Politik in voller Übereinstimmung befand. So hat sich Wallace aus politischen und ökonomischen Gründen wiederholt nachdrücklich für eine wirtschaftliche Expansion über die Grenzen hinaus eingesetzt und in der traditionellen Washingtoner Politik der »Offenen Tür« ein probates Mittel zur Durchsetzung dieser Zielsetzung gesehen, wie Radosh und Liggio im einzelnen klar herausgearbeitet haben⁷⁸. Als Landwirtschaftsminister hatte Wallace sich in seiner 1934 publizierten Schrift »America Must Choose« kompromißlos für eine expansive Außenwirtschaftspolitik und deren außenpolitische Absicherung eingesetzt, da das amerikanische Wirtschaftssystem nach seiner Auffassung zum Absatz landwirtschaftlicher und industrieller Überschußprodukte auf überseeische Märkte angewiesen war. Der Verlust dieser Märkte in Übersee müsse

76 Ebd., S. 61 f.

77 Thomas G. Paterson (Hrsg.), Cold War Critics, Alternatives to American Foreign Policy in the Truman Years. 313 S., Quadrangle Books, Chicago 1971. Vgl. dazu NPL 20 (1975), S. 334 f.

78 Ronald Radosh – Leonard P. Liggio, »Henry A. Wallace and the Open Door«, S. 76–113.

zwangsläufig schwerwiegende strukturelle Eingriffe in das amerikanische Wirtschaftssystem nach sich ziehen, die ohne radikale innenpolitische und gesellschaftliche Transformationen nicht zu realisieren seien. Für die Nachkriegszeit werde sich das Absatzproblem noch verschärft stellen, eine Vollbeschäftigung könne in den USA folglich nur durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik realisiert werden. Wallace plante daher für die Nachkriegszeit »an aggressive sales campaign abroad«⁷⁹. Dieser prinzipielle Konsensus mit den Führungsspitzen in Wirtschaft und Politik implizierte für Wallace freilich nicht automatisch eine Vorentscheidung zugunsten eines Konfrontationskurses gegenüber der Sowjetunion, im Gegenteil: Gerade angesichts des Exportdrucks der amerikanischen Wirtschaft plädierte er im ökonomischen Bereich für eine enge Kooperation mit der Sowjetunion, indem er ähnlich wie Morgenthau und dessen Mitarbeiter Harry Dexter White auf die Bedeutung Rußlands als Absatzmarkt und Rohstofflieferant verwies. Zugleich kritisierte Wallace die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Politik in bezug auf Osteuropa. Während die USA die lateinamerikanischen Staaten als ihre Einflußsphäre betrachteten, seien sie nicht bereit, ähnliches der Sowjetunion in Osteuropa zu konzedieren. »Russian economic penetration of the Danube area might be countered«, argumentierte Wallace, »by concrete proposals for economic collaboration in the development of the resources of this area, rather than by insisting that the Russians should cease their unilateral penetration and offering no solution to the present economic chaos thereWe can disabuse the Soviet mind . . . by proving to them that we want to trade with them and to cement our economic relations with them«⁸⁰. Die von Wallace hier für den ökonomischen Bereich vorgeschlagene Kooperation mit der Sowjetunion sollte dann nach seinen Vorstellungen auch auf andere Bereiche der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ausgedehnt werden; das würde zu einer Stabilisierung der internationalen Beziehungen entscheidend beitragen: »It ist obvious to me that the cornerstone of the peace of the future consists in strengthening our ties of friendship with Russia«, notierte Wallace am 10. August 1945 in seinem Tagebuch, das einen guten Einblick in die von Wallace konzipierte Alternative gewährt⁸¹.

Unter Hinweis auf das von Wallace und anderen zeitgenössischen Kritikern vorgetragene Kooperationskonzept hat Williams vor dem eingangs erwähnten Kongreßausschuß die Auffassung vertreten, daß es zu dem von Truman praktizierten harten Kurs gegenüber der Sowjetunion eine Alternative durchaus gegeben habe. So hätten amerikanische Konzessionen in Osteuropa eine großzügige Wirtschaftshilfe und umfangreichere Informationen über die Atombombe⁸² eine amerikanisch-sowjetische Kooperation einleiten oder den Konflikt zwischen den Staaten mildern können. Zu Recht kritisiert Williams, daß die vorgeschlagenen Alternativkonzepte von Truman überhaupt nicht ernsthaft geprüft worden seien. Allerdings muß angesichts der Quellenlage auch Williams einräumen, über die möglichen Ergebnisse der Alternativkonzepte keinerlei gesicherte Angaben machen zu können⁸³.

79 Zitiert ebd., S. 78.

80 Zitiert ebd., S. 80.

81 *The Price of Vision, The Diary of Henry A. Wallace 1942-1946*, hrsg. und eingeleitet von John Morton Blum, Boston 1973, S. 475.

82 Zu dem hier nicht behandelten Problem der atomaren Diplomatie vgl. jetzt Barton J. Bernstein, »The Quest for Security: American Foreign Policy and International Control of Atomic Energy, 1942-1946«, in: *Journal of American History* 60 (1973/74), S. 1003-1044; ders., »Roosevelt, Truman and the Atomic Bomb: A Reinterpretation«, in: *Political Science Quarterly* 90 (1975/76), S. 23-69; Charles L. Mee, *Meeting at Potsdam*, New York 1975; Martin J. Shervin, *A World Destroyed, The Atomic Bomb and the Grand Alliance*, New York 1975; zu den beiden Büchern von Mee und Shervin den ausführlichen Bericht von Herbert von Borch, »Die Bombe als Demonstration der Macht, Neue Arbeiten zur Vorgeschichte der Nuklearpolitik«, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 163 v. 17./18. Juli 1976, S. 91 f.

83 Vgl. *Hearings* (s. Anm. 2), bes. S. 18, 30, 44 f.

Im Gegensatz zu den Revisionisten hält John Lewis Gaddis – in der bisher ausführlichsten Gesamtdarstellung zur Entstehung des Kalten Krieges⁸⁴ – die von Williams für die Washingtoner Politik angeführten Alternativen für unrealistisch, denn er bezweifelt, daß die zur Debatte gestellten Kooperationskonzepte innenpolitisch gegen den Kongreß und die öffentliche Meinung überhaupt durchzusetzen gewesen wären. Die Möglichkeiten zu einer Verhinderung oder Milderung der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation hätten daher primär bei Stalin gelegen: »Little is known even today about how Stalin defined his options, but it does seem safe to say that the very nature of the Soviet system afforded him a larger selection of alternatives than were open to leaders of the United States. The Russian dictator was immune from pressures of Congress, public opinion, or the press. Even ideology did not restrict him: Stalin was the master of communist doctrine, not a prisoner of it, and could suspend Marxism-Leninism whenever it suited him to do so. This is not to say that Stalin wanted a Cold War – he had every reason to avoid one. But his absolute powers did give him more chances to surmount the internal restraints on his policy than were available to his democratic counterparts in the West«. Diese Interpretation ist nicht haltbar, denn in der Praxis hätte dies, da Gaddis die amerikanischen Maximalforderungen als vorgegebene Größen interpretiert, eine bedingungslose Unterwerfung Stalins unter die amerikanische Politik bedeutet. Überdies kann auch Gaddis über die Antriebskräfte sowjetischer Außenpolitik nur spekulieren.

Die Frage, ob die amerikanische Kriegs- und Nachkriegspolitik und insbesondere die hier zur Debatte gestellte Haltung Washingtons in der Reparations- und Deutschlandfrage sowie gegenüber dem Anleihe- und Lend-Lease-Problem ursächlich zur Genesis des Kalten Krieges beigetragen haben, wird sich so lange nicht definitiv beantworten lassen, wie die sowjetischen Archivalien der Forschung nicht zugänglich und somit über die Motive und Zielsetzungen sowjetischer Außenpolitik quellenmäßig abgesicherte Aussagen nicht möglich sind. Die von der neueren Forschung klar herausgearbeitete Entschlossenheit der Regierungen Roosevelt und Truman, die amerikanischen Ordnungsvorstellungen und den Führungsanspruch Washingtons weltweit und zu einem entscheidenden Teil mittels ökonomischen Drucks auf die Sowjetunion durchzusetzen, dürfte die Auflösung der Anti-Hitler-Koalition aber zumindest beschleunigt und zur Verschärfung der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation beigetragen haben. Die amerikanische Diplomatie mochte zeitweilig wohl deshalb der Illusion erliegen, eine friedliche Kooperation mit der Sowjetunion und den Ausbau der amerikanischen Hegemonialstellung miteinander verknüpfen zu können, weil sich dieses Konzept der »kooperativen Suprematie«⁸⁵ im amerikanischen Selbstverständnis nicht als Widerspruch darstellte.⁸⁶

Während der Erforschung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wohl auf absehbarer Zeit von der Quellenlage her Grenzen gezogen sind, ist zu hoffen, daß die fortschreitende Öffnung der britischen Archive zunehmend auch umfassende Untersuchungen über die britische Kriegs- und Nachkriegspolitik ermöglicht und damit die Diskussion über die

84 John Lewis Gaddis, *The United States and the Origin of the Cold War 1941-1947*. XIII, 396 S., Columbia University Press, New York – London 1972. Zitat S. 360 f.

85 Vgl. hierzu ausführlicher die systematische Analyse von Werner Link, *Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges*, = *Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 2. 37 S., Droste Verlag, Düsseldorf 1971.

86 Vgl. in diesem Zusammenhang etwa auch Stephen E. Ambrose, *Rise to Globalism, American Foreign Policy since 1938*, Harmondsworth 1971, S. 118: »Most nations, probably all, believe in the goodness of their ideals, but few have had the conceit to imagine, much less constantly proclaim, that their particular ideals are universal.«

Frühphase des Kalten Krieges von ihrer bisher allzu engen bilateralen Analyse gelöst wird.⁸⁷ Darüber hinaus scheint es notwendig, die Diskussion über Genesis und Verlauf des Kalten Krieges aus ihrem bisher zu stark auf das europäische Geschehen konzentrierten Kontext zu lösen und stärker auch für die Entwicklung des Kalten Krieges relevante außereuropäische Konfliktzonen heranzuziehen. Wichtige Ansätze bieten beispielsweise die Beiträge von Gary Hess über den Iran, Akira Iriye über Asien und David Green über Lateinamerika.⁸⁸ Weiterhin bleibt es ein Desiderat der Forschung, die von der revisionistischen Geschichtsschreibung hervorgehobene Interdependenz von Innen- und Außenpolitik umfassender als bisher zu analysieren.

Die von den Revisionisten entscheidend vorangetriebene kritische Bestandsaufnahme der amerikanischen Außenpolitik der 40er und 50er Jahre ist also keinesfalls abgeschlossen. Eine Fortsetzung dieser kritischen Überprüfung ist freilich nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern angesichts der Debatte über die Möglichkeiten einer Reorientierung amerikanischer Außenpolitik in den 70er Jahren auch von politischer Relevanz. Um mit Senator Fulbright zu sprechen: »Change has come not from wisdom but from disaster. The calamitous failure of American policy in Vietnam has induced on the part of scholars, journalists and politicians a belated willingness to reexamine the basic assumptions of American postwar policy. Induced by the agitations of the present moment, this new look at old events may well result in an excess of revision, or of emotion, but the corrective is much needed if we are to profit from experience and recast our policies.«⁸⁹

⁸⁷ Unter Auswertung der britischen Archivalien hat etwa Tony Sharp, *The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany*, Oxford 1975, Differenzen zwischen den westlichen Alliierten herausarbeiten können; und Walter LaFeber, »Roosevelt, Churchill, and Indochina: 1942-45«, in: *American Historical Review* 80 (1975), S. 1277-1295, hat unlängst die britischen Akten zur Analyse des amerikanisch-britischen Gegensatzes in der Kolonialfrage herangezogen.

⁸⁸ Gary R. Hess, »The Iranian Crisis of 1945-46 and the Cold War«, in: *Political Science Quarterly* 89 (1974), S. 117-146; Akira Iriye, *The Cold War in Asia: A Historical Introduction*, Englewood Cliffs (New Jersey) 1974; David Green, »The Cold War Comes to Latin America«, in: Bernstein, (s. Anm. 10), S. 149-195.

⁸⁹ J. William Fulbright, »Reflections: In Thrall to Fear«, in: *The New Yorker*, 8. Januar 1972, S. 41-62, abgedruckt bei Paterson, *Containment* (s. Anm. 3), S. 208-239, Zitat, S. 209.